Ulrich Becks Essay „Was zur Wahl steht“ ist enttäuschend und täuschend zugleich – schon mit seinem Titel. Um es vorweg zu sagen: Wir besprechen das Buch nur deshalb, weil es nicht nur ein Beweis für den Niedergang der kritischen Soziologie in Deutschland ist, sondern auch dafür, wie Intellektuelle in der Suade einer sog. „Zweiten Moderne“ „die neoliberale Befreiungsrhetorik“ einerseits literarisch abgehoben dem Untergang weihen und andererseits gleichzeitig deren Glaubenssätze als nicht mehr hinterfragbare Realität auslegen.

Eckhard Henscheid hat vor Jahren einen Roman unter dem Titel „Die Mätresse des Bischofs“ veröffentlicht, in dem er gleich auf der ersten Seite eine „gleißende Lesertäuschung“ eingesteht: Nicht von einem Bischof und seiner Geliebten handele das Buch, sondern von zwei älteren Brüdern. Aber Henscheid meinte wohl zu Recht, dem Publikum wäre ein ehrlicher Titel wohl zu einschläfernd erschienen und das Buch hätte deshalb wohl keiner gekauft. Einem Satiriker sieht man eine solche spitzbübische Täuschung lächelnd nach. Bei einem Soziologen, der als renommiert gilt, und dem Verlage und Medien zu Füßen liegen, ärgert man sich über einen solchen von kommerziellen Interessen bestimmten Täuschungsversuch.

„Was zur Wahl steht“ und „Zur Bundestagswahl“ steht auf dem (knallroten) Deckblatt. Gleich im ersten Satz erfährt der Leser aber, „was zur Wahl steht, darf nicht verwechselt werden mit dem, was zur Wahl gestellt wird.“ Nein es geht Beck nicht um „die eiserne Lady Maggie Merkel“ oder um den „von der Mehrheit unverstandenen Sozialstaats-Luther“ und „Solisten“ Gerhard Schröder und – ganz im denunzierenden Jargon des Mainstreams – schon gar nicht um die „antilinken Linken“ von der PDS, die die „antikapitalistische Mauer im Kopf“ wieder haben wollten. Auch um die „wohlfahrtsnationalistische“ „Post-SPD des Oskar Lafontaines“ gehe es in dem Essay nicht. Es gehe um nichts weniger als um einen „Horizontwechsel“, ja, geradezu um einen Epochenwechsel in die „Zweite Moderne“.
Ein solcher Buchtitel hätte sich in Vorwahlzeiten aber wohl kaum verkaufen lassen. Dass der Suhrkamp Verlag mit einem, einer Boulevard-Zeitung alle Ehre machenden, reißerischen Titel Kasse zu machen versucht, ist eine Enttäuschung hinter der Enttäuschung, dass sich Beck für so etwas auch noch hergibt und einen diffusen Essay zusammenstoppelt. Neben dem “hohen Lied des grenzüberschreitenden Denkens“, wird ziemlich zusammenhanglos noch das „Bayern-München-Prinzip“ des Einkaufs von überteuerten internationalen Fußballstars als Leitbild für eine erfolgreiche Migrations- und Wettbewerbspolitik empfohlen und – ziemlich provinziell – ein Kapitel gegen die „McDonaldisierung der deutschen Universität“ beigemengt. Diese Versatzstücke waren wohl als gedankliche Fingerübungen zufällig noch unveröffentlicht in Becks Computer gespeichert. Nein, mit etwas so Trivialem wie der bevorstehenden Bundestagswahl gibt sich

der in München und an der London School of Economics lehrende Soziologe Beck natürlich nicht ab. Zu Parlamentswahlen fällt dem Professor nur Abschätziges ein: „Diejenigen, die wir gewählt haben, sitzen machtlos und ratlos auf der Zuschauertribüne, während diejenigen, die wir nicht gewählt haben, Schlüsselentscheidungen treffen, die unser Leben und Überleben bestimmen“.
Weil der „Wandel von einer Arbeits- in eine Risikogesellschaft“ anstehe, reichten die „orthodoxen Strategien der Verteidigung des Bestehenden“ nicht mehr, sondern es gehe um die epochale „Verwandlung“ einer „globalisierten Welt“ in die globale „Bürgergesellschaft“, um die Schaffung einer „zivilgesellschaftlichen Internationale“, in der „Netzwerke europäischer Bürgerinitiativen“ die Macht erlangen, und unter Absingen des Refrains „Doing Europe“ endlich „mit den Konzernen gleichziehen“.

Um dieser „Verwandlung“ ein literarisches Pathos zu geben, greift Beck auf Franz Kafkas „Verwandlung“ mit der Käferparabel zurück. Wir brauchten alle die „Gregor-Samsa-Erfahrung, um die eigene Macht(losigkeits)stellung zu verändern: Man muss einen anderen Blick auf die Welt richten, um vom Rücken auf die eigenen Beine zu fallen.“

Beck hofft wohl darauf, dass der Leser nicht belesen genug ist, um zu merken, dass der Autor mit dieser literarischen Anleihe völlig daneben greift: Der zum Käfer verwandelte Handelsreisende Samsa kommt nämlich nur mit größten Verletzungen aus seiner hilflosen Lage vom Rücken wieder auf die Beine; im Übrigen erfährt er durch die „Verwandlung“ in einen Käfer eine völlige soziale Isolation, so dass er schließlich freiwillig den Hungertod stirbt.

Es ist zu hoffen, dass Beck mit der von ihm eingeforderten „Verwandlung“ der Gesellschaft nicht an diesen Hungertod gedacht hat, an Verwundungen allerdings offenbar schon: „Wer …etwas verändern will, muss ´ungerecht` sein, Ansprüche beschneiden, abweisen, Eigeninitiative fördern, hartnäckig für ein Ende der deutschen Käferexistenz, demnach für eine andere Logik, andere Moral der Sozialpolitik werben und fechten.“ Oder: „Dieses ´Deutschland des Mehr` erlebt gegenwärtig schmerzhaft, wie es sich in einer Gesellschaft des Weniger verwandelt“. Ja sogar: „Es gibt einen Zwang zum Weniger“, denn: „Der Fahrstuhl bewegt sich nach unten“.

An diesem Bild des „Fahrstuhls“ kann man exemplifizieren, wie oberflächlich, wie unkritisch, ja geradezu (wirtschafts-)wissenschaftsblind des Soziologen Becks „Politische Ökonomie der Unsicherheit“ oder (wie er das an andere Stelle scheinbar beliebig austauschbar nennt) „Politische Ökonomie der Uneindeutigkeit“ ist. Wenn man schon zu einem solchen Bild greifen will, dann befinden wir uns gewiss nicht in einem „Fahrstuhl“, in dem alle nach unten fahren, sondern eher in einem Paternoster, in dem ein Großteil der

unteren Hälfte der Gesellschaft „nach unten“ fährt, ein kleiner Teil der Kapital und Vermögen Besitzenden aber gleichzeitig nach oben. Diese reale politische Ökonomie ist eben nicht „uneindeutig“, sondern sehr eindeutig. Zwar haben wir in den letzten Jahren nur noch ein kleines Wachstum des Bruttosozialprodukts, aber irgendwer muss sich ja in „der Gesellschaft des Weniger“ das „Mehr“ vom Kuchen auf seinen Teller genommen haben.

Zugegeben, die auseinander gehende Schere zwischen Arm und Reich ist auch Ulrich Beck nicht verborgen geblieben, wenn er schreibt: „Im obersten Oben werden die Wenigen immer reicher, und die Armen immer ärmer im untersten“. Warum aber dann so falsche Bilder, wie das vom „Fahrstuhl“?

Solche falschen Bilder und gedanklichen Widersprüche ziehen sich durch das ganze Buch. So wirft sich Beck einerseits in die Pose eines fundamentalen Kritikers der neoliberalen „orthodoxen Strategien der Verteidigung des Bestehenden“, andererseits bemerkt der „Aufschreiber von Tatsachen“, wie sich der Autor selbst kennzeichnet, aber gar nicht, dass er bei seinen „Tatsachen“-Beschreibungen exakt auf jene Schreckens-Bilder zurückgreift, die uns die neoliberalen Kreuzritter seit Jahren einzubläuen versuchen:
Wie in der Strategie der Wirtschaftsverbände und deren PR-Agenturen muss, damit der politische Druck für einen Systemwechsel erst aufgebaut werden kann, alles schlecht geredet und mies gemacht werden. So redet auch Beck vom „Schlammasseldeutschland“ und von der „Malaise“, vom „Stau in den Gedanken, der Deutschland lahm legt“, von der „dicken Schlamasselsuppe, in der Deutschland köchelt“, um damit eine „Reformation vom Kopf bis zu den Füßen“ als unausweichlich darstellen zu können. Wie in der Begründung zur Agenda-Politik heißt es bei Beck, “auch Deutschland muss sich in einer globalisierten Welt neu finden, erfinden“.
Und wie bei allen, die den Sozialstaat aushebeln wollen, folgt nach dem Hebel der „Globalisierung“ auch bei Beck die Drohkulisse mit der demographischen Entwicklung: „Wer angesichts der absehbaren Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung, des schrumpfenden Erwerbsarbeitsvolumens im digitalen (!) Kapitalismus, der zunehmenden Nachfrage nach Erwerbsarbeit durch Individualisierung Ausmaß und Niveau der Leistungen des Sozialstaats für sakrosankt erklärt, gefährdet das Ganze“.

Dieses Buch von Ulrich Beck ist der sich feingeistig gebende Beleg dafür, dass sich das neoliberale Paradigma von den Zwängen der Globalisierung und der demografischen Entwicklung nicht nur in den Köpfen der handelnden Politiker und der schreibenden Zunft sondern auch bei seinen angeblich hochintellektuellen Kritikern festgesetzt hat. Für Beck ist nicht „der Teufel Globalisierung“ das Problem, sondern „das Unverständnis der Globalisierung“. Er, der die Globalisierung verstanden haben will, will aber offenbar gar nicht verstehen , dass die ökonomische Globalisierung, dass Steuer-, Lohn- oder

Umweltdumping etwas Gewolltes, etwas politisch Gemachtes sind. Beck, der doch den „Realitätssinn der Deutschen“ wecken will, leugnet die Realität, dass der Sozialstaat – zumindest im hier und heute – nicht wegen der Demografie in einen finanziellen Engpass geraten ist, sondern wegen der hohen Arbeitslosigkeit, der sinkenden Beiträge als Ausfluss niedrigerer Löhne und der fehlfinanzierten Kosten der deutschen Einheit.

Wer sich, wie Ulrich Beck, derart von der falschen Ausgangsanalyse und der Strategie der neoliberalen „Reformer“ hat gefangen nehmen lassen, bei dem schrumpft der Handlungsspielraum auf das Dilemma, „entweder zunehmende Armut mit hoher Arbeitslosigkeit zu bezahlen (wie in den meisten europäischen Ländern) oder eklatante Armut bei etwas geringerer Arbeitslosigkeit hinzunehmen (wie in den USA)“.
Beck sieht zwar, dass die „orthodoxen Strategien“ scheitern, weil er aber nicht mehr wahrnimmt, dass sowohl die Analyse als auch die Medizin des neoliberalen Wirtschaftsdogmas keineswegs alternativlos sind, greift er – um seinen literarischen Rückgriff auf Kafka aufzugreifen – zu einer Wirklichkeits-Fiktion vom „Kapitalismus ohne Arbeit“, vom Ende der „Erwerbsgesellschaft“, vom Wandel der „Arbeits- in eine Risikogesellschaft“. Er verfällt dem Wahn, dass „die Reichen heute auch ohne Ausbeutung reicher werden“, es „gebe keinen sichtbaren Gegner (mehr), der bekämpft und zum Nachgeben gezwungen werden“ könne, dass die Menschen „durch den Einsatz intelligenter Technologien ersetzt werden“ könnten. Im Kurzschluss: „Wirtschaftswachstum schafft keine Arbeitsplätze“.
Gegen diese Fiktion steht allerdings eine ziemlich raue Wirklichkeit: Mit welchem angeblich unsichtbaren Gegner man es zu tun hat, das erfahren nicht nur die Erwerbstätigen und die Rausgeworfenen, ja sogar die Politik täglich. Dass Reiche reicher werden sollen, ohne vorher jemand etwas weggenommen oder nicht verteilt zu haben, hat mit der harten Realität ziemlich wenig zu tun. Die reale Alternative, dass von den produktivitätssteigernden Technologien nicht nur die Kapitalseite sondern auch die Arbeitnehmer profitieren könnten, hat in der Beckschen Fiktion offenbar keinen Platz mehr. Die Beobachtung, dass Wirtschaftswachstum nicht zu mehr oder zu Vollbeschäftigung führen muss, berücksichtigt gleichfalls allenfalls die halbe Wirklichkeit. Die ganze Wirklichkeit ist zum einen, dass für mehr Beschäftigung nicht das wirtschaftspolitisch Richtige getan wird, und dass zum Zweiten das Gewinnwachstum heute an erster Stelle steht und explodierende Gewinne angesichts der heutigen, durchaus „sichtbaren“ Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit, in einem Atemzug mit Arbeitszeitverlängerung, Lohnsenkung, Sozialabbau und dem Abbau von Arbeitsplätzen genannt werden können.

Eingeschlossen in der Eindimensionalität des neoliberalen wirtschaftspolitischen Denkens,

schließt sich Beck gedanklich sozusagen selbst in dieses Zimmer ein und verwandelt sich in einen Käfer, der dann alles daran setzen muss, vom Rücken wieder auf die Beine zu kommen.
In dieser alptraumhaften Fiktion der Wirklichkeit fantasiert unser Käfer Beck von einem „dritten Weg zwischen dem alten deutschen Sozialstaat und einer radikalen Marktlösung“, er träumt von der „Entzugsmacht des Konsumenten“ und schließlich von der „revolutionären“ Erlösung durch eine „Sozialpolitik der Grundsicherung (einer erwerbsunabhängigen Gesundheits- und Rentenvorsorge, die alle finanzieren)“.
Alles Heil kommt für den in seinem Zimmer eingesperrten Käfer Beck von einem „selbsttätigen und selbstbestimmten“ Europa. Deshalb dürfe man sich nicht länger „als Gefangener der alten Begriffe im Streit über die ´Senkung der Lohnnebenkosten` oder die ´Staatsquote` verlieren, nein, „die öffentlich finanzierte Grundausstattung müsste mit EU-Mitteln gesichert und durch ein Bürgergeld, das heißt gesetzlich finanzierte Basisfinanzierung, gesichert werden“. Auf die („linksnationale“ und sozialstaats-protektionistische) Frage, wie dieses Manna vom europäischen Himmel fallen sollte, hat Beck eine wunderbare Antwort: „Vor allem durch die Selbstverpflichtung der europäischen Konzerne, die auf diese Weise die beunruhigende Frage, die ihre Märkte und Gewinne delegitimiert und gefährdet, beantworten können, welchen Beitrag sie für die Demokratisierung Europas leisten“.

Die Beantwortung der Frage, welchen Beitrag sie für die Demokratisierung leisten könnten, lastet den Hedge-und Equity-Fonds ja, wie man täglich in den Wirtschaftsteilen der Zeitungen nachlesen kann, schon seit geraumer Zeit schwer auf der Seele, und um sich ihr schlechtes Gewissen zu entlasten, werden sie liebend gerne etwas von ihren hohen Gewinnen in das Bürgergeld stecken, mit dem dann die von ihnen zuvor Entlassenen wieder eine „Grundausstattung“ erhalten.

Man würde Beck ja gar nicht kritisieren wollen, wenn er die soziale Einbindung des global agierenden Kapitalismus durch internationale Kooperation – zunächst auf europäischer und dann auf internationaler Ebene – (zurück)erobern möchte, aber auch hier zeigt sich ein weiteres Mal die Becksche Gefangenschaft im neoliberalen Gedankenkäfig. So kritisiert er das „Non“ der Franzosen und das „Nee“ der Niederländer zum Europäischen Verfassungsvertrag als Rückfall in kleinstaatliches und protektionistisches Denken und nicht etwa – zumindest auch – als Ablehnung einer verfassungsmäßigen Verankerung marktradikaler, neoliberaler Prinzipien, die für immer mehr Menschen zum Schaden und Nachteil gereichen. Weil er diese „Tatsache“ nicht wahrhaben will oder kann, sieht er die (Er-) Lösung nicht in einer alternativen die Konjunktur, das Wachstum und die Beschäftigung ankurbelnden Wirtschaftspolitik für Europa, sondern darin, dass „die

Netzwerke europäischer Bürgerinitiativen und Assoziationen die Macht erlangen, indem „sie mit den Konzernen gleichziehen“. Diese Netzwerke müssten „ihren Einfluss geltend (machen), indem sie das europäische Gemeinwohl gegen den Widerstand der nationalen Regierungen und EU-Bürokraten auf die Tagesordnung setzen.“ In dieser Ablösung von institutioneller Politik, angefangen von den Parteien, über die Parlamente bis zu den Regierungen und EU-Administrationen durch die Erfindung der „Bürgergesellschaft“, wie sie sich auch Ralf Dahrendorf wünscht, trifft sich Beck mit der bürgerlichen außerparlamentarischen Opposition, etwa dem marktradikalen „BürgerKonvent“ eines Meinhard Miegel.

Der Essay endet mit einer Fiktion (denn als Utopie möchte man ein solch schöngeistig getarntes Ablenkungsmanöver von der herrschenden Doktrin des Neoliberalismus nun wirklich nicht bezeichnen): „Auf der Suche nach einem neuen globalen Vertrag müssen Staaten, mobiles Kapital und soziale Bewegungen ihre Machtchancen und Rollen neu bestimmen. Das ist (grob zusammenfasst) die Wahl in der Wahl, um die es geht – und danach.“

„Jetzt reicht´s, du oberschlauer Autor“ lässt Beck, falls er sich bis zum Schluss des Buches durchgerungen hat, seine Leser einwenden und weiter: „Mir sträuben sich die Haare. Der Idealismus ist unerträglich. Hier wird wohl der Raubtierkapitalismus mit der Heilsarmee verwechselt“. Wenn Beck bei seiner antizipierten Leserkritik das Wort „Idealismus“ mit „Unsinn“ oder mit „Geschwafel der ´Zweiten Moderne`“ ersetzt hätte, dann wären das zwei Sätze gewesen, denen man ausnahmsweise hätte uneingeschränkt zustimmen können.

Bleibt die spannende Frage nach der Rezeption dieses Büchleins. Vielleicht kann sich ja Beck einmal mehr eines Briefes von Gerhard Schröder an den „lieben Ulrich“ rühmen und sich für seine Vorschläge zur Begründung der „Demokratie jenseits der Erwerbsarbeit“ loben lassen. Denn eine politische Gefahr für den weiteren Fortgang des „Reformprozesses“ geht von diesem Buch nicht aus. Es ist eine Exegese des neoliberalen Dogmas und vertröstet diejenigen (Linken), die an die Fiktion eines Bürgergeldes glauben.

Von den wirklichen politischen Alternativen, die heute zur Wahl stünden, lenkt der Essay jedenfalls ab.

Ulrich Beck, Was zur Wahl steht, Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 2005. 126 Seiten. 7 Euro